

Anfrage

der Abgeordneten Drⁱⁿ. Alma Zadic, Kolleginnen und Kollegen

an den Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport

betreffend mögliche politische Einflussnahme Russlands auf die FPÖ und die von ihr geführten Ministerien

BEGRÜNDUNG

Eine am 06.04.2019 veröffentlichte gemeinsame Recherche des *Spiegel*, des ZDF, der britischen BBC und der italienischen Zeitung *La Repubblica* veranschaulicht, wie Russland versucht, auf deutsche Politiker, insbesondere auf die der AfD, Einfluss zu nehmen.¹

Laut Spiegel kursierte seit 3. April 2017, folglich vor der Bundestagswahl 2017, unter hochrangigen russischen Staatsbeamten in der Präsidentialverwaltung von Wladimir Putin ein Strategiepapier über gezielte Maßnahmen, mit denen die EU-Staaten destabilisiert, russische Interessen gefördert, und russische Kritiker diskreditiert werden sollen. Das Papier, berichtet der Spiegel weiter, sehe die *"Organisation von Meetings, Mahnwachen und anderen Protestaktionen in EU-Ländern"* vor. Darüber hinaus zielen die Maßnahmen auf eine *"erfolgreiche Unterstützung von Resolutionen in den nationalen Parlamenten der EU-Länder"* ab. Diese sollen sich gegen *"die antirussischen Sanktionen"* richten. Ziel des Unterfangens sei unter anderem *„die Anerkennung der Krim als Teil der Russischen Föderation“*. Genannt werden auch international umstrittene Wahlbeobachtermissionen und Medienkampagnen. In diesem Zusammenhang soll es in einem Dokument, auch um die *"Unterstützung"* der Bundestagskandidatur des russlandfreundlichen AfD-Politikers Markus Frohnmaier gehen. Ziel sei es ihn in weiterer Folge *"unter die absolute Kontrolle"* Russlands zu bringen. Spiegel bezeichnet den Abgeordneten Frohnmaier als steuerbare *"Marionette"* Moskaus.

Im diesem "Frohnmaier-Dokument" werden neben dem jetzigen Innenminister Italiens und Lega-Nord-Chef Matteo Salvini auch Harald Vilimsky und Johann Gudenus namentlich erwähnt. Sie sollten auf zwei geplanten Veranstaltungen mit Frohnmaier teilnehmen, und über Außenpolitik diskutieren. Stattgefunden hat nur einer von den beiden Events, und das ohne Gudenus.

Diese *"außenpolitischen Maßnahmen"* haben zum Ziel junge, russische Politiker mit Vertretern rechter europäischer Parteien zusammenzubringen und *"die Interessen der Russischen Föderation in der Außenpolitik der EU-Länder zu fördern"*. Durch diese Maßnahmen will Russland die gemeinsame außenpolitische Linie der Europäischen Union schwächen und schlussendlich auch die EU-Mitgliedsstaaten. In diesem Sinne kann angenommen werden, dass durch gezielten Einfluss auf rechte europäische Parteien auch Einfluss auf die Wahlen zum Europäischen Parlament Ende Mai ausgeübt werden wird.²

Es stellt sich daher die Frage, welchen Einfluss Russlands Regime-Politiker und Vertreter des russischen Staatsdienstes auf österreichische FPÖ-Politiker und die von der FPÖ geführten Ministerien ausüben, und ob für führende FPÖ-Politiker ähnliche „Unterstützungsmaßnahmen“ vorgesehen sind wie für den AfD-Politiker Frohnmaier.

¹ <https://www.spiegel.de/plus/wie-putin-die-afd-fuer-seine-zwecke-missbraucht-a-00000000-0002-0001-0000-000163279501>; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/markus-frohnmaier-russen-setzten-auf-afd-abgeordneten-a-1261422.html>; <https://www.youtube.com/watch?v=6lftmHLGM8w>.

² <https://www.zdf.de/politik/frontal-21/der-fall-frohnmaier-100.html>.

Seit Jahren knüpft die FPÖ intensive Kontakte nach Russland und pflegt einen regelmäßigen Austausch mit russischen Regime-Politikern. Wiederholt beteiligten sich FPÖ-Politiker an den dubiosen Wahlbeobachtungsmissionen, die das russische Regime organisiert, um seine Politik zu legitimieren. Laut Wiener Zeitung, fungierten der frühere FPÖ- und BZÖ-Politiker Ewald Stadler und sein Mitarbeiter Robert Stelzl 2012 als Wahlbeobachter bei der international nicht anerkannten Präsidentschaftswahl in Bergkarabach. Im März 2014 reisten Johann Gudenus, Johannes Hübner und Ewald Stadler als Wahlbeobachter zur international umstrittenen Beobachtung des Krim-Referendums in die Ukraine. Wenige Monate später verschlug es Ewald Stadler zu den unrechtmäßigen Parlamentswahlen in die von Russland okkupierten Regionen in der Ostukraine. Als Wahlbeobachter aktiv waren weiters die FPÖ-Politiker Hans-Jörg Jenewein 2015 im Rahmen der Parlamentswahlen in Bergkarabach sowie Gerhard Dörfler und Wolfgang Jung 2017 beim Referendum in Bergkarabach.³

Obwohl die Teilnahme der FPÖ-Politiker an solchen "Wahlbeobachtungsmissionen" an der Glaubwürdigkeit Österreichs als vertrauenswürdiger europäischer Partner schwer kratzt, wurde 2016 der rege Austausch mit einem "Freundschaftsvertrag" zwischen der FPÖ und Putins Partei "Einiges Russland" besiegelt. Die FPÖ-Delegation auf dieser Moskau-Reise bestand, wie man aus den Selfie-Grüßen erkennen kann, aus dem derzeit amtierenden Vizekanzler Heinz-Christian Strache, dem aktuellen Verkehrsminister Norbert Hofer, dem jetzigen Klubobmann Johann Gudenus und dem aktuellen FPÖ-Abgeordneten zum EU-Parlament Harald Vilimsky. Das Treffen wurde in einem Beitrag im rechtsradikalen Magazin "Zuerst!" von Manuel Ochsenreiter (ein ehem. Mitarbeiter von Frohnmaier, langjähriger Freund von Johann Gudenus,⁴ und letzter Redner beim Kongress "Verteidiger Europas"⁵) dokumentiert.



(Screenshot <https://orf.at/v2/stories/2371678/2371680/>, vom 10.04.2019)

³ https://www.wienerzeitung.at/meinung/gastkommentare/952534_Fragwuerdige-Wahlbeobachter.html?em_cnt_page=2; <https://www.semiosis.at/2017/08/13/irrlichternde-aussenpolitik-die-liebe-der-fpoe-zu-autoritaeren-regimen-in-moskau-und-in-baku/>; <https://anton-shekhovtsov.blogspot.com/2014/03/pro-russian-extremists-observe.html>.

⁴ <https://www.stopptdierechten.at/2019/02/06/joschis-freund-unter-schwerem-verdacht/>.

⁵ <https://derstandard.at/2000101031061/Russland-Naehe-der-FPOe-sorgt-fuer-Isolation-des-BVT-von->

Brisante Mission: FPÖ-Spitzenpolitiker zu Arbeitsgesprächen in Moskau

19. Dezember 2016



Moskau. Schon kurz nach der nachgeholtten österreichischen Bundespräsidentenwahl Anfang Dezember hatte der freiheitliche Kandidat Norbert Hofer eine Reise nach Rußland angekündigt. Jetzt ist es so weit: auf Facebook kursieren derzeit Bilder, die den freiheitlichen Europaabgeordneten Harald Villimsky, FPÖ-Chef Strache, den Wiener Vizebürgermeister Johann Gudenus und Hofer selbst in Moskau zeigen. Villimsky textete dazu, man führe „Arbeitsgespräche“ in Moskau.

(Screenshot, <http://zuerst.de/2016/12/19/brisante-mission-fpoe-spitzenpolitiker-zu-arbeitsgespraechen-in-moskau/>, vom 10.04.2019)

Zudem nehmen FPÖ-Politiker regelmäßig an dem *Internationalen Jalta Wirtschaftsforum*, einer Veranstaltung des russischen Regimes, teil. Im April 2016 waren noch die FPÖ-Parlamentarier Axel Kassegger und Barbara Rosenkranz in ein Luxushotel in Jalta gereist. Im April 2017 fuhren der damalige FPÖ-Bundesrat und jetzige FPÖ-Nationalratsabgeordnete Hans-Jörg Jenewein sowie der damalige FPÖ-Nationalratsabgeordnete Johannes Hübner zum Jalta Forum auf die völkerrechtswidrig annektierte Krim.⁶ Am 6. November 2017 wurde die internationale Vereinigung der "Freunde der Krim" in Jalta gegründet, unter den Anwesenden finden sich Hans-Jörg Jenewein sowie der Linzer Vizebürgermeister Detlef Wimmer, die auch als Mitglieder der "Freunde der Krim" aufscheinen:⁷

The Association consists of politicians, public figures, businessmen and intellectuals. In particular, its members include: Thierry Mariani, member of the French National Assembly, former Minister of Transport; Hans-Jörg Jenewein, Member of the Austrian Federal Assembly; Hazwan Al Waz, Minister of Education of the Syrian Arab Republic; Aik Babukhanyan, Member of the National Assembly of the Republic of Armenia; Detlef Zimmer, Vice Mayor of Linz (Austria); Stefano Valdegamberi, Member of Veneto Regional Parliament (Italy); Matthew Gordon Banks, Director of International Centre for Strategic Research in Oxford, former MP (UK); Avigdor Eskin, public figure and political writer (Israel), Mitsuhiro Kimuro, leader of the Issuikai party, and many others.

(Screenshot, <http://forumyalta.com/news/131/> vom 10.04.2019)

Detlef Wimmer war dann auch 2018 beim Jalta Wirtschaftsforum zugegen, hier zu sehen gemeinsam mit dem Forum-Organisator Nasarow sowie dem deutschen Abgeordneten Frohnmeier (erster von links):

⁶ <https://www.semiosis.at/2017/08/13/irrlichternde-aussenpolitik-die-liebe-der-fpoe-zu-autoritaeren-regimen-in-moskau-und-in-baku/>.

⁷ <http://forumyalta.com/news/131/>; <https://www.semiosis.at/2018/02/08/sind-hochrangige-fpoe-politiker-doch-mitglieder-der-vereinigung-der-freunde-der-krim/>.



Linzer Vize-Bürgermeister Wimmer (mit Brille, dritter von rechts) mit Jalta-Forum-Organisator Andrej Nasarow (zweiter von rechts) und Krim-Chef Sergej Aksjonow (erster von rechts) - Screenshot Twitter

(Quelle: Spiegel)

Mit der FPÖ-Regierungsbeteiligung kam es zu keinem Abbruch der Russland-Beziehungen oder gar der Aufkündigung des Freundschaftsvertrages; im Gegenteil: die FPÖ scheint auch weiterhin (in Erfüllung des Freundschaftsvertrages) die Interessen der Russischen Föderation zu fördern.

Laut Tom Keatinge, einem Experten des Thinktank *Royal United Services Institute*, zeigt sich Österreich vermehrt inaktiv, wenn es um die Fortsetzung der EU-Sanktionen geht.⁸ Vielmehr forderte Vizekanzler Heinz-Christian Strache im Juni 2018, die "leidigen Sanktionen [gegen Russland] zu beenden und die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zu normalisieren".⁹

Ein *Standard*-Bericht aus 2016 veranschaulicht die rechtsextremen Allianzen zwischen der FPÖ, den Identitären und russischen Politikern. Mit Hilfe dieser Kooperationen soll die "eurasische" Propaganda russischer Nationalisten, die wesentliche ideologische Überschneidungen mit Gruppierungen der Neuen Rechten haben, verbreitet werden.¹⁰

Während die österreichische Bundesregierung die Nahebeziehungen der FPÖ zu Russland und der rechtsextremen Szene bisher eher ignoriert, haben diese Verbindungen unter anderem zu einer internationalen Isolation des österreichischen Verfassungsschutzes (BVT) geführt. Insbesondere Großbritannien und die Niederlande sprechen sich vehement gegen eine Mitarbeit des BVT in internationalen Geheimdienstgruppen aus.¹¹ Medienberichten zufolge, soll sogar die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel vor den Russland-Verbindungen der FPÖ gewarnt haben. Ebenso zeigt ein Dokument der US-Geheimdienste, dass diese inzwischen weniger Informationen an Österreich weitergeben.¹² Eine solche "Drosselung" des Austausches sicherheitsrelevanter Informationen bringt schwerwiegende sicherheitspolitische Folgen mit sich: Neben dem internationalen Ansehen Österreichs, kann angenommen werden, dass die Sicherheit Österreichs und seiner Bevölkerung gefährdet ist.

⁸ Tessa Szyszkowitz, "Hammer und Kickl" im Profil Nr. 15/2019 vom 07.04.2019, Seite 51 Ressort: Ausland.

⁹ <https://derstandard.at/2000080850482/Strache-fordert-Ende-der-Russlandsanktionen>.

¹⁰ <https://derstandard.at/2000038542175/Identitaere-Gruesse-aus-Moskau-Rechtsextreme-Allianz-in-den-Osten>.

¹¹ <https://derstandard.at/2000101031061/Russland-Naehe-der-FPOe-sorgt-fuer-Isolation-des-BVT-von>; Florian Klenk, „Except BVT Vienna“ in *FALTER* 45/18 (vom 06.11.2018).

¹² <https://derstandard.at/2000085776910/Russland-Aktivitaeten-der-FPOe-waren-auch-im-BVT-ein-Thema>

Auch das BVT selbst befürchtete, dass Russland in die österreichische Innen- und Außenpolitik eingreift. Jene Abteilungen, die sich mit dem Einfluss Russlands auf Österreich und mit der rechtsextremen Szene in Österreich beschäftigen, waren von den Ermittlungen gegen das BVT direkt betroffen. Der geplante Umbau des BVT unter Innenminister Kickl wird diese Isolation vermutlich noch verstärken.¹³

Angesichts der intensiven, langjährigen Verflechtungen der regierenden FPÖ mit Putins Russland einerseits, und der rechtsextremen Szene (darunter die Identitäre Bewegung) andererseits, stellt sich nun die Frage, wer zurzeit die Innen- und Außenpolitik Österreichs bestimmt.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

- 1) Welche Informationen liegen Ihnen, Ihrem Kabinett und/oder dem Ministerium und seinen (nachgeordneten) Dienststellen, über Kontakte, politisches Engagement (z.B. Teilnahme an Delegationen/Dienstreisen nach Russland und auf die von Russland völkerrechtswidrig annektierte Krim; Veranstaltungen wie dem Jalta-Wirtschaftsforum oder russischer Wahlbeobachtungsmissionen), (Geschäfts-)Beziehungen und dergleichen von Ministeriums-Mitarbeiter zum russischen Staatsapparat (Regierung, Verwaltung, Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste, staatsnahe Unternehmen und dgl.), zu russischen Politikern, Parteien sowie russischen Geschäftsleuten vor?
- 2) Stehen Sie oder Ihre Ministeriums-Mitarbeiter in einem regelmäßigen Austausch mit dem russischen Staatsapparat (Regierung, Verwaltung, Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste, staatsnahe Unternehmen und dgl.), russischen Politikern sowie russischen Geschäftsleuten?
 - a. Wenn ja, in welchem Rahmen findet dieser Austausch statt?
 - b. Wenn ja, wie häufig stehen Sie und Ihr Ministerium seit Beginn Ihrer Funktionsperiode in solchem Austausch?
 - c. Wurde der Austausch seit Beginn Ihrer Funktionsperiode (im Vergleich zu früheren Amtsinhabern) intensiviert, und wenn ja, warum?
 - d. Wie stellen Sie und Ihr Ministerium sicher, dass es zu keiner Vereinnahmung Ihrer Mitarbeiter durch russische Staatsbedienstete und Politiker kommt?
 - e. Wie bewerten Sie und Ihr Ministerium den hier beschriebenen Austausch angesichts der bestehenden Sanktionen, die aufgrund der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim gegen Russland verhängt wurden?
- 3) Können Sie ausschließen, dass Sie oder Ihre Kabinettsmitarbeiter Veranstaltungen gemeinsam mit dem Suwrow-Institut und/oder den Akteuren des Suwrow-Instituts planen und/oder an Veranstaltungen des Suwrow-Instituts teilnehmen?
- 4) Welchen Einfluss hat der in der Begründung angeführte "Freundschaftsvertrag" zwischen der FPÖ und Putins Partei „Einiges Russland“ auf Ihre Arbeit als Minister?

¹³ <https://orf.at/stories/3118135/>; <https://derstandard.at/2000085776910/Russland-Aktivitaeten-der-FPOe-waren-auch-im-BVT-ein-Thema>.

- 5) Sind Ministeriumsbedienstete daran beteiligt, den Verpflichtungen aus dem in der Begründung angeführten "Freundschaftsvertrag" zwischen der FPÖ und Putins Partei „Einiges Russland“ nachzukommen?
- 6) Stellt der „Freundschaftsvertrag“ zwischen der FPÖ und Putins Partei "Einiges Russland" eine Gefahr für die kommenden Wahlen zum EU Parlament dar?
 - a. Wenn ja, welche Gefahr sehen Sie?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 7) Sind Sie der Ansicht, dass Ihr Ministerium aufgrund des FPÖ-Naheverhältnisses zu Russland, welches durch den „Freundschaftsvertrag“ mit Putins Partei "Einiges Russland" zum Ausdruck kommt, auch *“die Interessen der Russischen Föderation“* fördern könnte?
- 8) Sollte die FPÖ diesen „Freundschaftsvertrag“ mit Putins Partei "Einiges Russland" aufkündigen?
- 9) Welche Maßnahmen setzen Sie bzw. werden Sie setzen, um eine befürchtete russische Einflussnahme, sei es durch russische Staatsbedienstete und/oder Politiker oder ihnen nahestehende Personen, auf die Wahlen zum europäischen Parlament 2019 zu verhindern?
- 10) Wie stellen Sie und Ihre Kabinettsmitarbeiter sicher, dass ihre Ministeriumsmitarbeiter, wenn sie an Russland- und Krim-Reisen teilnehmen, nicht durch russische Staatsbedienstete und Politiker vereinnahmt werden?
- 11) Wie schützen Sie und Ihr Ministerium Mitarbeiter vor der Beeinflussung durch russische Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden?
- 12) Können Sie ausschließen, dass russische Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden versucht haben, Sie oder Ihre Ministeriumsmitarbeiter für ihre Zwecke zu beeinflussen?
- 13) Sind Ihnen und Ihrem Ministerium Fälle von Instrumentalisierung von Abgeordneten, Regierungsvertretern und dgl. wie jener des AfD-Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier bekannt?
- 14) Werden Sie und Ihr Ministerium nach Bekanntwerden dieser Versuche Russlands zur Einflussnahme auf die Innen- und Außenpolitik europäischer Staaten Maßnahmen setzen, um einer solcher Vereinnahmung entgegenzuwirken?
 - a. Wenn ja, welche Maßnahmen werden Sie und Ihr Ministerium setzen?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 15) Welche konkreten Maßnahmen setzen Sie in Ihrem Vollzugsbereich, bzw. haben Sie in der Vergangenheit gesetzt, um Beeinflussung von Wahlen, namentlich EU-Wahlen, aber auch kommende Landtags- und Nationalratswahlen, vor der Beeinflussung durch Russland/Behörden usw. zu schützen?
 - a. Falls keine, weshalb nicht?
- 16) Welche konkreten Maßnahmen setzen Sie in Ihrem Vollzugsbereich, bzw. haben Sie in der Vergangenheit gesetzt, um Verbreitung russischer Propaganda Informationen und/oder Fake-News zu verhindern?
 - a. Falls keine, weshalb nicht?
- 17) Welche konkreten Maßnahmen werden Sie setzen, um eine mögliche Beeinflussung der kommenden europäischen Wahlen durch russische Staatsbedienstete und/oder Politiker zu verhindern?
 - a. Falls keine, weshalb nicht?
- 18) Ist der Freundschaftsvertrag für Sie wichtiger als die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung oder werden Sie sich für die Aufkündigung des Vertrags einsetzen?

